



Business Network Switzerland

Newsletter 2. Dezember 2009

Dieser Newsletter ist eine Publikation des Business Network Switzerland unter Mitwirkung der Netzwerkpartner SIHK (Schweizerische Industrie- und Handelskammern), Enterprise Europe Network (EEN) und Osec.

Aussenhandel	2
Schweizer Aussenhandel im Oktober 2009: Exportrückgang lässt nach	
Machbarkeitsstudie für ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China	
China und ASEAN: Gemeinsame Freihandelszone ab 2010	
Investitionen	3
Ausgaben für die Forschung steigen weltweit weiter an	
Green, greener, Vancouver	
China lanciert Vorzeige-Projekt Hengqin	
Indonesien: Stromtransport von Sumatra nach Java	
Gesetze	5
Russland: Neues Programm zur Steigerung der Energieeffizienz	
Zölle	6
Eidgenössische Zollverordnung: Erleichterte Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr	
Malaysia: Einführung der phytosanitären Importvorschrift ISPM 15	
Indonesien reduziert Zölle auf Maschinen und Rohmaterialien	
Steuern	7
OECD-Länder: Sinkende Steuereinnahmen	
Argentinien erhöht Steuern auf Elektrogeräte	
Beziehungen Schweiz-EU	9
Bundesrat beantragt Genehmigung des EU-Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit	
Neuigkeiten aus der EU	9
EU: Höhere Energiestandards für Neubauten	
Publikationen	10
Korruption im internationalen Vergleich	
Verschiedenes	11
US-Bundesbehörden: E-Verify für Vertragspartner Pflicht	
Internet-Adressen neu auch in nicht-lateinischen Schriftzeichen	
Veranstaltungen	11
Industry Days 2010, 4. bis 7. Mai, Budapest	

Aussenhandel

Schweizer Aussenhandel im Oktober 2009: Exportrückgang lässt nach

Dem krisengebeutelten Schweizer Aussenhandel geht es zwar noch nicht gut, aber er scheint nun doch auf dem Weg zur Besserung. Zumindest beim Export zeigte sich im Oktober eine weitere Verlangsamung des Rückgangs.

Die Schweizer Exporte sanken im Oktober um 10,9% auf CHF 16,3 Mrd. (real: -15,9%). Arbeitstagbereinigt belief sich der Rückgang auf 6,5% (real: -11,7%). Im Vergleich zum Vormonat resultierte gar ein Plus von 2,9% (real: +0,1%).

Die Importe gingen im Oktober um 15,9% auf CHF 13,8 Mrd. zurück (real: -10,0%). Arbeitstagbereinigt sanken die Einfuhren um 11,6% (real: -5,5%), saisonbereinigt (im Vergleich zum Vormonat) um 0,5% (real: +0,6%).

Die Handelsbilanz verzeichnete einen Überschuss von CHF 2,5 Mrd.

Die Chemische Industrie war im Oktober die einzige Branche, die ihren Exportumsatz im Vorjahresvergleich steigern konnte (+4,8%). Alle anderen mussten weitere Wachstumseinbussen in Kauf nehmen. Besonders hart traf es die Bekleidungsindustrie (-25,9%), gefolgt von der Metallindustrie (-25,5%), der Maschinen- und Elektronikindustrie (-25,2%), der Papier und Grafischen Industrie (-24,2%) und der Uhrenindustrie (-22,7%).

Ein Zunahme des Exports von Schweizer Produkten war in folgenden Ländern zu beobachten: Kasachstan (+39,9%), Vereinigte Arabische Emirate (+27,5%), Malaysia (+20,2%), Singapur (+10,1%), Griechenland (+8,5%), Portugal (+8,2%), Ungarn (+5,9%), Australien (+3,4%), Taiwan (+2,9%), Belgien (+1,5%) und China (+1,1%).

Stark zurück gingen die Schweizer Ausfuhren nach folgenden Ländern: Ukraine (-43,7%), Irland (-41,0%), Rumänien (-32,9%), Mexiko (-29,6%), Norwegen (-25,5%), Russland (-25,2%), Iran (-24,5%), Südkorea (-23,1%), Thailand (-23,0%) und Schweden (-22,1%).

Medienmitteilung der Eidgenössischen Zollverwaltung EZV: „Schweizerischer Aussenhandel Oktober 2009: Exportrückgang flacht ab“

<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/17437.pdf>

Machbarkeitsstudie für ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China

Die Schweiz und China haben Ende November beschlossen, in einer gemeinsamen Studie die Machbarkeit eines bilateralen Freihandelsabkommens zu untersuchen. Die Studie soll den beiden Regierungen dereinst als Grundlage für den Entscheid über die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen dienen.

Medienmitteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements EVD:
„China und die Schweiz erarbeiten eine Gemeinsame Machbarkeitsstudie
für ein bilaterales Freihandelsabkommen“

<http://www.news.admin.ch/message/?lang=de&msg-id=30435>

China und ASEAN: Gemeinsame Freihandelszone ab 2010

Auf den 1. Januar 2010 tritt die China ASEAN Free Trade Area CAFTA, ihres Zeichens die grösste Freihandelszone der Welt, offiziell in Kraft.

Der CAFTA gehören China und die ASEAN-Staaten Malaysia, Thailand, Singapur, Indonesien, Philippinen, Vietnam, Kambodscha, Myanmar und Brunei an. Gemeinsam bilden sie einen Markt mit 1,9 Milliarden Menschen und einem Handelsvolumen in der Höhe von USD 4500 Mrd.

Mit dem Start von CAFTA sollen ab 1. Januar 2010 innerhalb der Freihandelszone die Zölle für 7000 Warengruppen (das sind rund 90% der Zolltarifpositionen) wegfallen. Davon ausgenommen sind Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam, denen bis 2015 eine Übergangsfrist zugestanden wird, um ihre Zolltarife für chinesische Produkte auf Null zu reduzieren.

China Observer: „Aufbruchsstimmung in Chinas Südwesten“

<http://www.china-observer.de/druckansicht/entry091115-094502.htm>

China Daily: „New era of China-ASEAN tie-up“

http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2009-10/22/content_8828949.htm

Investitionen

Ausgaben für die Forschung steigen weltweit weiter an

Im Jahr 2008 haben die in der EU ansässigen Unternehmen trotz Wirtschaftskrise 8,1% mehr für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgegeben als im Vorjahr.

Die USA und Japan waren etwas zurückhaltender und erhöhten ihre Ausgaben für FuE um 5,7% respektive 4,4%.

Im Verhältnis zu den Umsätzen investierten die US- und die japanischen Unternehmen (4,5% und 3,4%) allerdings nach wie vor mehr in FuE als die europäischen Wettbewerber (2,7%).

Stark aufgeholt haben die Schwellenländer, die 2008 deutlich mehr für die FuE ausgaben als im Vorjahr: China (+40%), Indien (+27,3%), Taiwan (+25,1%).

Europäische Kommission: „EU gibt mehr für die Forschung aus“

http://ec.europa.eu/news/science/091116_de.htm

The 2009 EU Industrial R&D Investment Scoreboard

<http://iri.jrc.ec.europa.eu/reports.htm>

Green, greener, Vancouver

Die kanadische Olympiastadt Vancouver will sich bis 2020 zur grünsten Stadt der Welt entwickeln.

Erreicht werden soll das hehre Ziel mit unter anderen folgenden Massnahmen:

- Förderung der Green Economy Capital Vancouver: Internationale Profilierung als Mekka für „grüne“ Unternehmen
- kontinuierliche Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien
- Optimierung der Gebäudeenergieeffizienz um 20% (neue Gebäude sollten CO2-neutral sein)
- Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (Elektrobusse und -bahnen), Bau von Fuss- und Radwegen
- Reduktion des Abfallaufkommens um 40%
- Bau zusätzlicher Grünanlagen
- Redimensionierung des ökologischen Fussabdrucks um 33%
- Verbesserung der Trinkwasserqualität, Reduktion des Wasserverbrauchs um 33%
- Verbesserung der Luftqualität (Orientierung an den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation WHO).

Vancouver: Becoming the Greenest City

<http://vancouver.ca/greencity/index.htm>

China lanciert Vorzeige-Projekt Hengqin

Die der südchinesischen Küste vorgelagerte Insel Hengqin soll für umgerechnet USD 10 Mrd. zu einem Hightech- und Tourismuszentrum ausgebaut werden.

Derzeit leben auf der 106 Quadratkilometer grossen Insel (etwa gleich gross wie Hong Kong Island) knapp 4000 Menschen, bis 2020 sollen es laut Vorstellungen der chinesischen Regierung 200'000 sein. Neben dem aufgrund des angestrebten Bevölkerungswachstums und der erwarteten Besucherströme notwendigen infrastrukturellen Ausbau der Insel Hengqin sind unter anderen folgende Grossprojekte geplant

- Shizimen Central Business District (Gewerbezone) mit Hightechpark und Hotels
- Chime-Long- Ocean Resort (Vergnügungspark mit einer Kapazität von 10 bis 15 Millionen Besuchern pro Jahr)
- Energieproduktionsanlage der China Power Investment Corp.
- Campus der Universität Macao.

Verkehrstechnisch soll die Insel erschlossen werden durch:

- den Bau einer S-Bahn zum Zhuhai-Guangzhou-Bahnhof
- die Errichtung eines Anschlusses nach Macao
- und über die geplante Hong Kong-Macao-Zhuhai-Brücke nach Hong Kong.

Die Insel Hengqin soll gemäss dem Entwicklungsplan der chinesischen Zentralregierung gemeinsam von der Sonderverwaltungsregion Macao und der chinesischen Küstenmetropole Zhuhai aufgebaut und verwaltet werden.

Delta Bridges: "Reporters get scoop on Hengqin"

<http://www.deltabridges.com/news/zhuhai-news/reporters-get-scoop-hengqin>

Asia Times: "China's sleepy Hengqin wakes up"

<http://www.atimes.com/atimes/China/KK06Ad01.html>

Indonesien: Stromtransport von Sumatra nach Java

Die staatliche indonesische Elektrizitätsgesellschaft PT PLN plant den Bau eines neuen Stromnetzwerks auf Sumatra und eine 40 Kilometer lange Unterwasserleitung zur Stromübertragung nach Java.

Das neue 700 Kilometer umfassende Netzwerk auf Sumatra soll sechs im Süden der Insel gelegene Kohlekraftwerke miteinander verbinden. Die sechs Kraftwerke verfügen über eine Gesamtkapazität von 3600 Megawatt. Davon sollen 3000 Megawatt über die geplante Unterwasserleitung nach Java weiter geleitet werden; die restlichen 600 Megawatt verbleiben im Distributionsnetz von Sumatra.

Die Kosten für den Aufbau des neuen Stromnetzwerks und die Erstellung der Unterwasserleitung werden auf USD 2,2 Mrd. geschätzt. Das Projekt wird zu 85% von der Japan International Cooperation Agency finanziert.

Die Ausschreibungen sind auf das 2. Quartal 2010 angekündigt. Die Bauarbeiten sollten 2011 aufgenommen und 2016 abgeschlossen werden.

Jakarta Globe: "PLN Reveals \$2.2b Power Plan to Link Sumatra and Java"

<http://thejakartaglobe.com/business/pln-reveals-22b-power-plan-to-link-sumatra-and-java/334372>

Gesetze

Russland: Neues Programm zur Steigerung der Energieeffizienz

Russland plant im Rahmen eines neuen staatlichen Programms zur Steigerung der Energieeffizienz zwischen 2010 und 2020 Investitionen in der Höhe von umgerechnet EUR 283,9 Mrd.

Mit den vorgesehenen Massnahmen soll der Energieverbrauch in Russland gemäss Aussagen des Energieministeriums bis 2020 um 40% reduziert werden.

Das Mitte November 2009 von der Duma in dritter Lesung gutgeheissene Energieeffizienzgesetz (gesetzlicher Rahmen des Energieeffizienzprogramms) schreibt unter anderem folgende Massnahmen vor:

- Verwendung von Energiesparlampen
- Einführung der Zählerpflicht für Strom, Wasser, Gas und Wärme
- Modernisierung von Kraftwerken
- Einsatz von Wärmepumpen und Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen
- Reduktion der Verluste beim Transport von Wärme und Energie
- Angaben zum Energieverbrauch von elektronischen Haushaltgeräten.

Unternehmen, die in energiesparende Massnahmen investieren, können mit steuerlichen Ermässigungen rechnen. Vorgesehen sind zum Beispiel kürzere Abschreibungsfristen für Investitionen in verbrauchsarme Technologien.

Bayern Innovativ Cluster Energietechnik: „Russland soll mit mehr Energieeffizienz wieder an die Weltspitze geführt werden“

http://www.cluster-energietechnik.de/portal/energietechnik_news_detail,158811,108824,159651,detail.html

Zölle

Eidgenössische Zollverordnung: Erleichterte Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr

Die Eidgenössische Zollverwaltung kann aufgrund einer vom Bundesrat Ende November verabschiedeten Änderung der Zollverordnung ab 1. Januar 2010 den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) verleihen, mit welchem die Zulassungskriterien erfüllende Unternehmen das Anrecht auf erleichterte Kontrollen und Formalitäten im Grenzverkehr erwerben.

Der Status eines zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten AEO kann gemäss Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD Unternehmen und Personen erteilt werden, die im schweizerischen Handelsregister oder im liechtensteinischen Öffentlichkeitsregister eingetragen sind.

Folgende Kriterien müssen dabei erfüllt sein:

- bisherige Einhaltung der Zollvorschriften
- System zur Führung der Geschäftsbücher und bei Bedarf der Beförderungsunterlagen, das geeignete sicherheitsrelevante Zollkontrollen ermöglicht
- nachweisliche Zahlungsfähigkeit
- geeignete Sicherheitsstandards.

Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD: „Erleichterungen der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr“

<http://www.efd.admin.ch/00468/index.html?msg-id=30386&lang=de>

Malaysia: Einführung der phytosanitären Importvorschrift ISPM 15

Das malaiische Landwirtschaftsministerium hat jüngst die Einführung des phytosanitären Standards ISPM 15 für den Import von Holzverpackungen auf den 1. Januar 2010 angekündigt. Offiziell tritt der ISPM-Standard am 1. Juli 2010 in Kraft. Bis dahin gilt eine Übergangsregelung.

Department of Agriculture Malaysia: Notice on Implementation of ISPM no. 15 for Imports

http://www.doa.gov.my/pgnet/eng/announce/implementation_ISPM15.pdf

ISPM 15: Merkblatt für Holzverpackungen

http://www.osec.ch/internet/osec/de/home/export/countries/ch/export/product/guide_lines.-RelatedBoxSlot-84362-ItemList-74190-File.File.pdf/0907_ispmMERKBLATT_juli09.pdf

Indonesien reduziert Zölle auf Maschinen und Rohmaterialien

Indonesien hat bekannt gegeben, dass der gegenwärtig geltende Einfuhrzoll von 5% auf Maschinen und Rohmaterialien ab dem 16. Dezember 2009 für sieben Dienstleistungsbranchen befristet auf zwei Jahre aufgehoben werden soll.

Die Zollaussetzung gilt für Lieferungen an folgende sieben Dienstleistungsbranchen:

Öffentliches Gesundheitswesen, Transport, Telekommunikation, Tourismus und Kultur sowie jene Branchen, die im Rahmen von Service-Aufträgen Dienstleistungen für die Bereiche Bergbau, Bauwirtschaft und Seehäfen erbringen.

Eine ähnliche Zollerleichterung gilt bereits seit Anfang 2009 für Maschinen und Rohmaterialien, die an die verarbeitende Industrie in Indonesien geliefert werden. (na/gtai)

Steuern

OECD-Länder: Sinkende Steuereinnahmen

Im Zuge der Wirtschaftskrise sind die Steuereinnahmen in den meisten OECD-Staaten bereits 2008 zurückgegangen. Dies geht aus einer aktuellen Studie der OECD über die Entwicklung der Fiskalquoten in ihren Mitgliedsstaaten hervor.

Die durchschnittliche Fiskalquote (Steuereinnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP) der 30 OECD-Mitgliedsstaaten (EU-Länder plus die Schweiz, Norwegen, Island, USA, Kanada, Japan, Mexiko, Türkei, Südkorea, Australien und Neuseeland) ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte von 35,8% auf 35,2% gesunken.

Den stärksten Rückgang bei der Fiskalquote verzeichneten: Island (von 40,9% auf 36,0%), Spanien (von 37,2% auf 33,0%) und Irland (von 30,8% auf 28,3%).

In einigen wenigen Ländern war ein Anstieg der Fiskalquote festzustellen. So auch in der Schweiz, wo sie sich von 28,9% (2007) auf 29,6% (2008) erhöhte. Damit liegt die Schweizer Fiskalquote aber immer noch deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 35,2%. Am deutlichsten angestiegen ist die Fiskalquote in Mexiko (von 18,0% auf 21,1%) und in Luxemburg (von 36,5% auf 38,3%).

OECD: "Tax burdens falling in OECD economies as crisis takes its toll"

http://www.oecd.org/document/47/0,3343,en_2649_34533_44115887_1_1_1_37427,00.html

OECD: „Schweiz weist 2008 noch steigende Steuer- und Sozialabgabenquote aus“

http://www.oecd.org/document/46/0,3343,de_34968570_35008930_441200_46_1_1_1_1,00.html

Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD: „Steuerbelastung in der Schweiz nach wie vor tief“

<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/17496.pdf>

Argentinien erhöht Steuern auf Elektrogeräte

In Argentinien ist Anfang November 2009 ein Gesetz zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Elektrogeräte verabschiedet worden. Der Mehrwertsteuersatz soll sowohl für aus- als auch inländische Produkte (ausgenommen sind lediglich in der argentinischen Provinz Feuerland produzierte Elektrowaren) von 10,5% auf 21% angehoben werden.

Zusätzlich wurden bisher für Elektroprodukte geltende Steuerbefreiungen in der Höhe von 26% aufgehoben. Importeure von Elektroprodukten gehen davon aus, dass sich die Preise für die betroffenen Waren um bis zu 35% erhöhen werden.

PricewaterhouseCoopers CommunicationsDirect: Argentina's Lower House Approves Tax Rise on Electronic Goods

<https://www.communicationsdirectnews.com/do.php/130/37811>

TaxNews.com: Argentine Senate Approves VAT Hike on Electronics

http://www.hostref4.com/NXT/story_bsec.asp?storyname=39800

Beziehungen Schweiz-EU

Bundesrat beantragt Genehmigung des EU-Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit

Der Bundesrat hat Ende November die Botschaft über die Genehmigung und Umsetzung des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU über die Zollerleichterungen und Zollsicherheit zuhanden des Parlaments verabschiedet. Das Abkommen sieht die Anbindung der Schweiz an das Zollsicherheitsdispositiv der EU vor. Damit sollen neue Erschwernisse im bilateralen Warenverkehr verhindert werden. Das Abkommen wird seit dem 1. Juli 2009 vorläufig angewendet.

Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD: „Bundesrat beantragt Genehmigung des EU-Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit“

<http://www.efd.admin.ch/00468/index.html?msg-id=30382&lang=de>

Neuigkeiten aus der EU

EU: Höhere Energiestandards für Neubauten

In der EU müssen alle neuen und umfassend renovierten Gebäude ab 2021 höchsten Energiestandards genügen. Öffentliche Gebäude haben die vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Ministerrat sanktionierten Vorgaben bereits zwei Jahre früher zu erfüllen.

Die Neufassung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie dürfte im Frühling 2011 in Kraft treten. Von den Mitgliedstaaten sollte sie dann innerhalb von zwei bis drei Jahren angewandt werden.

Die wichtigsten Neuerungen:

- Die EU-Mitgliedstaaten legen künftig nationale Mindeststandards für Neubauten und umfassend renovierte Gebäude fest. Die nationalen Standards sollen sich an einer europaweiten Vergleichsmethode ausrichten.
- Ab 2021 müssen alle Neubauten und umfassend renovierten Gebäude höchsten Energieeffizienzstandards entsprechen; für öffentliche Gebäude gilt diese Vorgabe bereits ab 2019.
- In gewerblichen Immobilienanzeigen soll künftig mittels einer Energiekennzahl über die Energieeffizienz der Gebäude informiert werden.
- Ausgenommen von den Vorgaben der neuen Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie sind kleinere Häuser mit weniger als 50 Quadratmeter Gebäudefläche, Ferienhäuser, die weniger als vier Monate im Jahr bewohnt sind, Kirchen, provisorische Gebäude, die während weniger als zwei Jahren benutzt werden, Industriegebäude, Werkstätten,

landwirtschaftliche Gebäude und unter Denkmalschutz stehende Gebäude.

Medienmitteilung des Europäischen Parlaments: „Energy-saving buildings: agreement reached“

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-64747-322-11-47-909-20091118IPR64746-18-11-2009-2009-false/default_de.htm

Pressemitteilung des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: „Einigung über Gebäudeeffizienz-Richtlinie legt Grundstein für europaweite Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden“

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen.did=320898.html>

Publikationen

Korruption im internationalen Vergleich

Die meisten europäischen Länder schneiden im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International vergleichsweise gut ab, aber eben nicht alle.

Unter den Top Twenty der „saubersten“ Länder der Welt sind zwölf europäische zu finden. Angeführt wird der Index allerdings von Neuseeland, vor Dänemark und Singapur. Die Schweiz liegt wie bereits im Vorjahr auf Platz 5. Gleich hinter Schweden, das im vergangenen Jahr noch gemeinsam mit Neuseeland und Dänemark Platz 1 belegt hatte.

Nicht unter den ersten 50 zu finden sind folgende europäischen Länder: Tschechien und Litauen (beide auf Rang 52), Lettland und die Slowakei (56), die Türkei (61), Italien (63), Kroatien (66), Montenegro (69), Bulgarien, Mazedonien, Griechenland und Rumänien (alle Rang 71), Serbien (83), Albanien (95), Bosnien und Herzegowina (99), Ukraine (146), Russland (147).

Am heftigsten wuchert die Korruption in Burundi, Haiti, Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Tschad, Irak, Sudan, Myanmar, Afghanistan und Somalia (169 bis 180).

Transparency International Schweiz: Veröffentlichung des Corruption Perception Index 2009

http://www.transparency.ch/de/aktuelles_schweiz/meldungen/2009_11_17_CPI.php?navid=1

Transparency International Corruption Perception Index 2009

http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009

Verschiedenes

US-Bundesbehörden: E-Verify für Vertragspartner Pflicht

Unternehmen, die Aufträge von Bundesbehörden übernehmen wollen, sind seit dem 8. September 2009 dazu verpflichtet, über das E-Verify-System nachzuweisen, dass die von ihnen beschäftigten Mitarbeiter legal in den USA tätig sein.

Das E-Verify-System ist ein internetgestütztes elektronisches System zur Überprüfung der Arbeitserlaubnis von Arbeitnehmern in den USA. Es wird derzeit von den US-Bundesbehörden sowie in zwölf Bundesstaaten verwendet.

US Citizenship and Immigration Services: E-Verify-System for Federal Contractors

<http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.eb1d4c2a3e5b9ac89243c6a7543f6d1a/?vgnextoid=75bce2e261405110VgnVCM1000004718190aRCD&vgnnextchannel=75bce2e261405110VgnVCM1000004718190aRCD>

Internet-Adressen neu auch in nicht-lateinischen Schriftzeichen

Gemäss Mitteilung von ICANN, der Zentralstelle für die weltweite Koordination von Domännennamen, sollen in Bälde auch für Internet-Adressen / Domännennamen nicht-lateinische Schriftzeichen verwendet werden können.

ICANN erwartet, dass mit dieser Neuerung in jenen Ländern, in welchen lateinische Schriftzeichen nicht oder weniger gebräuchlich sind (u.a. China, Japan, Russland, Bulgarien, Serbien, Ukraine, Weisserussland, Arabische Länder, Israel) zahllose neue Internetbenutzer gewonnen werden können.

ICANN Internet Corporation for Assigned Names and Numbers: "ICANN Bringing the Languages of the World to the Global Internet"

<http://www.icann.org/en/announcements/announcement-30oct09-en.htm>

Veranstaltungen

Industry Days 2010, 4. bis 7. Mai, Budapest

Die Industry Days 2010, der in Ungarn grösste Event für die internationale Industrie umfasst folgende Submessen:

Industria: 16th International Industry Trade Exhibition (Energexpo, Fluidtech, Subcon, Logexpo, Mach&Weld, Economic Forum)

<http://www.industria.hu/?nyelv=en>

Electrosalon: 4th International Trade Fair for Electronics, Electrical Technology and Automation

<http://www.electrosalon.hu/?nyelv=en>

Okotech: 9th International Trade Fair for Environmental Protection and Municipal Technology

<http://www.okotech.hungexpo.hu/>

Chemexpo: 10th International Chemical and Plastic Industry< Exhibition,

http://www.chemexpo.hu/?_nyelv=en

Securex: 10th International Trade Exhibition of Labour Safety, Fire Protection and Security

http://www.securex.hu/?_nyelv=en

Weitere Informationen / Anmeldung

http://www.iparnapjai.hu/&_nyelv=en

Impressum

Herausgeber: Business Network Switzerland, Stampfenbachstrasse 85, Postfach 2407, CH-8021 Zürich

Verantwortlich: Roland Meier, PR/PA, Tel. ++41 44 365 53 22

Copyright © 2009, Zürich, Lausanne, Lugano. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Quellen

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Schweizer Exportrisikoversicherung (serv), Eidg. Zollverwaltung (ezv), Mitteilungen von Schweizerischen Vertretungen im Ausland (bns), European Enterprise Network (een), bilaterale und kantonale Industrie- und Handelskammern (ihk), diverse Schweizer und internationale Branchenverbände (pd), Nachrichten für Aussenhandel (na), Germany Trade and Invest (gtai), Europäische Kommission (kom), Integrationsbüro EDA/EVD (eda/evd), Pressedienste/Infos aus diversen Medien (pd), internationale Organisationen wie UNO, WTO, UNCTAD, EBRD, ICC.